

**Rede von Hans Jürgen Akuloff, Fraktionsvorsitzender, zum Haushalt 2018 auf der  
Kreistagssitzung am 11. Dezember 2017**

*(Es gilt das gesprochene Wort.)*

Anrede,

Erstmals stimmen wir in diesem Kalenderjahr über zwei Jahreshaushalte ab. Im Februar haben wir freudig nach über 12-jähriger Abstinenz einen ausgeglichenen Haushalt auf den Weg gebracht. Die Fremdbestimmung unserer Finanzgeschäfte konnten wir ablegen – die Selbstbestimmung hat begonnen. Heute liegt das Finanzpaket vorjährig auf dem Tisch und unsere gemeinsame Verantwortung ist es, aus der Finanzgeschichte des Kreises die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Für unsere Fraktion zählt die realitätsnahe Bewertung der Finanzsituation mit klarem Blick auf die Auswirkungen dieses Haushaltes für die Einwohnerinnen und Einwohner in den Städten und Gemeinden. Der Maßstab Bürgernutzen ist uns am wichtigsten. Unsere Handlungsfähigkeit, der Spielraum wird größer. Wenn auch die Auffassungen dazu unterschiedlich sind.

Wir sagen JA zum Haushalt aus fünf Gründen:

Erstens erkennen wir an, dass die Aufwendungen schneller steigen als die Erträge und deutliche Risiken für belastbare Prognosen bestehen. Die Zahlen sind hinreichend bekannt. Der heutigen Beschlussfassung war die bislang intensivste Aussprachephase vorgeschaltet. Daran haben die Bürgermeister und Kämmerer, die Fachausschüsse sowie die Fraktionen dankenswerter Weise den größten Anteil. In dieser Dialogphase hat die Verwaltung zeitnah Zahlen und Argumente zur Erläuterung und Fragenbeantwortung geliefert. In Papierform waren es fast 80 Seiten unserer Haushaltsbeschreibung in Kurzform. Das findet unsere Anerkennung und ist Wertschätzung gemeinsamer Verantwortung.

Zweitens war der Konsolidierungsdruck bei der Aufstellung des Haushaltes enorm hoch und erforderte zwangsläufig die Einbringung aller Finanzierungsreserven, um die „Rote Null“ zu erreichen. Bekanntlich betrug die zeitweise Unterdeckung in der Beginnphase bis zu 10

Millionen Euro. Das Haushaltssicherungskonzept bzw. der Rückfall in unliebsame Zeiten konnte nur durch die Eigenverpflichtungen der Ämter in Summe mit 2,5 Millionen, mit der Auflösung der Rückstellungen durch den Einmaleffekt von 2 Millionen und der Absenkung der Kreisumlage um 0,5 Prozent erreicht werden. Die Veranschlagung von 93 Millionen aus der Kreisumlage ist für die Kommunen im Einzelfall eine hohe Belastung, aber auch unvermeidbar. Erinnerung sei an dieser Stelle, dass die Zahlungen aus den Kommunen in den Vorjahren die Eigenständigkeit unseres Kreises wesentlich unterstützt haben. Und das vor dem Einsturz des Kartenhauses Kreisgebietsreform. Soll heißen, die Verwaltungs- und Finanzausstattung des Kreises funktioniert nur in und mit gemeinsamer Verantwortung.

Deshalb muss der Kreis drittens den ungedeckten Finanzbedarf über die Kreisumlage erheben. Wir sind dafür, dass als Nahziel eine Kreisumlage von 45% angestrebt wird. Dazu soll auch der eingebrachte gemeinsame Antrag der drei großen Fraktionen beitragen.

Wir haben nicht den Eindruck, dass der Kreis ein Ausgabeproblem hat oder gar auf Kosten der Kommunen wirtschaftet. Gern hätten wir die Ausweitung der Sozialarbeit an Schulen, die volle Kostendeckung für die Tagesmütter, die Halle in Mahlow und auch den Kassenautomaten im 2018-Haushalt.

Diese vertagten Beschlussumsetzungen sind nicht zufriedenstellend, schließlich sind wir keine Realitätsverweigerer und wollen auch keine Produkte des Haushaltes gegeneinander ausspielen., Kreisumlage gegen Sozialausgaben zum Beispiel.

Ähnlich geht es uns bei den Investitionen, die wir ja auch aus Zuweisungsmitteln finanzieren. Ebenso sind die finanziellen Mittel aus der Gewinnausschüttung der Mittelbrandenburgischen Sparkasse eine große Unterstützung für gemeinnützige Ausgaben. Fiskalisch sind wir so aufgestellt, dass wir keine Reserven abbilden können. Vielleicht machen uns die Jahresabschlüsse klüger.

Viertens Anmerkungen zu den „dramatisch“ steigenden Sozialausgaben:

Rechnerisch wurde der prognostizierte Mehrbedarf für 2018 um ein Viertel gekürzt. Das heißt aber dennoch, dass jede notwendige und gesetzlich zugesicherte Sozialleistung jedem Kind, jedem Jugendlichen und jedem Elternteil gewährt wird. Kurzum, diese Ausgabeposition widerspiegelt die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse im Kreis. Selbst wenn Teltow-Fläming mit zwei bis drei Prozent über dem Durchschnitt anderer Kreise im Land Brandenburg liegt, sehen wir darin keinen ungerechtfertigten Planansatz. Im Gegenteil, die Leistungen der

Kolleginnen und Kollegen in diesem Produktbereich finden, wie die in allen Ämtern, unsere respektvolle Anerkennung. Kostensteigerung ist nahezu immer Leistungssteigerung. Bei den Sozialausgaben waren es 2010 108 Millionen Euro und in diesem Jahr werden es etwa 180 Millionen Euro. Je Einwohner betragen die kommunalen Ausgaben in Ostdeutschen Bundesländern 2.626 Euro, davon sind 639 Euro für Soziales und 235 Euro für Investitionen. Die langfristige Stärkung der Kommunalfinanzen soll ab 2018 Politikziel im Bund sein.

Fünftens erwarten auch wir Rückkopplungsmöglichkeiten über die Politik in Richtung Potsdam zur Qualifizierung des Konnexitätsprinzips, zur Verbesserung des Soziallastenausgleichs und zur Erhöhung der Verbundquote auf möglicherweise 21 Prozent.

Als Miteinbringer des gemeinsamen Antrages der drei Fraktionen bitte ich um Ihre Unterstützung, werte Kolleginnen und Kollegen.

Das Haushaltsjahr 2018 wird mit der heutigen Beschlussfassung und dem Auftrag an die Verwaltung nach Bekanntgabe der endgültig festgesetzten Schlüsselzuweisungen, der Umlagegrundlagen der Kreisumlage sowie der Finanzausgleichsumlage die konkreten Auswirkungen auf den Haushalt vorschlagen.